

BUNDESFACHAUSSCHUSS 3

Äußeres, Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Grundsätze deutscher Außenpolitik

17. April 2023

Verfasser: Heinrich Haupt
komm. Leiter BFA 3

Bündnis Deutschland bekennt sich zu einer Außenpolitik, die an deutschen Interessen ausgerichtet ist, basierend auf dem Grundgesetz, der UNO-Charta und der Europäischen Menschenrechtskonvention, eingebettet in die europäische Sicherheitsarchitektur.

Wir streben eine Welt des **Friedens** an, in der Deutschland sein diplomatisches und wirtschaftliches Gewicht zur Erreichung nachhaltiger, gerechter Lösungen im Einklang mit dem Völkerrecht einsetzt: für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Menschenrechte sind universell und unteilbar. Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen müssen vor Gericht gebracht werden. Straflosigkeit darf nicht geduldet werden.

Deutschland als stabile Demokratie, viertgrößte Wirtschaftsnation und G7-Mitglied trägt besondere **Verantwortung** für Schutz und Stärkung der regelbasierten, internationalen Ordnung und den freien Handel -- den Grundlagen für Wohlstand, Freiheit und Frieden bei uns und weltweit.

In **Europa** setzen wir auf gute Beziehungen zu unseren Nachbarn und Partnern und den Ausbau unserer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, im Rahmen der Europäischen Union, des Europarats, der NATO, der OSZE und darüber hinaus. Unsere freiheitliche Lebensweise in Europa, unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind am besten garantiert, wenn es auch unseren Nachbarn und Partnern gut geht.

Bündnis Deutschland bekennt sich zu einer starken und handlungsfähigen **Europäischen Union**, die nahe bei den Menschen ist und ihre Anliegen ernst nimmt. Wir fordern Bürgernähe mit Transparenz, Abbau der überbordenden EU-Bürokratie und konsequenter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, das der historisch gewachsenen Identität der europäischen Staaten Rechnung trägt (*Europa der Vaterländer*).

Den gemeinsamen Binnenmarkt der EU wollen wir stärken, ebenso den Schutz der EU-Außengrenzen. Einen EU-Superstaat lehnen wir ab.

Als **Bündnis solider Demokratien**, gestützt auf die gewachsenen bürgerlichen, konservativen, liberalen und sozialen Werte Europas, verfolgen wir im EU-Rahmen unsere Interessen in der Welt beharrlich und konstruktiv, so etwa in der Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Klimapolitik, insbesondere auch zur Sicherung unserer Rohstoffversorgung und im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität sowie gegen den Menschenhandel und den illegalen Waffen- und Drogenhandel. Der islamische Terrorismus muss mit allen verfügbaren legalen Mitteln bekämpft werden.

Unsere **Außenwirtschafts- und Handelspolitik** muss den Interessen der deutschen Wirtschaft dienen, besonders auch mit Blick auf die kleineren und mittelständischen Unternehmen, der Stütze unserer erfolgreichen **sozialen Marktwirtschaft**.

In der **NATO**, die seit Jahrzehnten Frieden und Freiheit sichert, müssen wir unsere Verpflichtungen erfüllen. **Die Bundeswehr** muss so ertüchtigt werden, dass sie ihre Aufgaben jederzeit voll wahrnehmen kann.

Die **USA** bleiben für uns der wichtigste Bündnispartner. Die Landesverteidigung ist jedoch durch die europäischen Staaten zunehmend eigenständig zu gewährleisten. **Wir wollen europäischer werden und gleichzeitig transatlantisch bleiben.** Den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens begrüßen wir.

Wir stehen für **Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle, kooperative Sicherheit** und eine Kultur der **militärischen Zurückhaltung**. Die infolge jüngster Konflikte und Krisen notwendig gewordene Wiederertüchtigung der Bundeswehr steht hierzu nicht im Widerspruch, sondern ist notwendige Voraussetzung für eine glaubwürdige Friedenspolitik.

Wir unterstützen das Recht jedes Landes auf **Selbstverteidigung** nach Artikel 51 der UNO-Charta, wie es derzeit die Ukraine wahrnimmt, welcher Deutschland dazu umfangreiche, auch militärische, Hilfe leistet; darüber hinaus lehnen wir Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab.

Beziehungen zu wichtigen Staaten

Europa:

Ein Beitritt der **Türkei** zur EU würde voraussetzen, dass die Türkei sämtliche EU-Standards nachhaltig erfüllen würde, was in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Ähnliches gilt für einen EU-Beitritt weiterer **Westbalkan-Staaten**. **Serbien** müsste vor einer Aufnahme in die EU vorbehaltlos die Republik **Kosovo** völkerrechtlich anerkennen. Die EU darf keine weiteren Krisenlagen importieren, wie im etwa Fall der Aufnahme Zyperns.

Weltweit

Unser enges Verhältnis zu den **USA** ist von fundamentaler Bedeutung und muss nach Kräften ausgebaut werden.

Unser Verhältnis zu **Russland** muss von wachem Realismus und umsichtiger Offenheit bestimmt sein. Solange das Putin-Regime sein imperialistisches Ziel der Eroberung und Unterdrückung souveräner Staaten wie der Ukraine verfolgt, kann es keine Normalisierung des Verhältnisses Deutschlands oder der EU zu Russland geben. Spätestens seit dem Angriff auf die Ukraine Anfang 2022 ist klar, dass wir unsere Sicherheit gegen Russland, nicht mit Russland, organisieren müssen. Die Wiederherstellung kooperativer Beziehungen mit Russland im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa setzt die Rückkehr Russlands zu den Prinzipien der UNO-Charta, einschließlich der Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, und zu friedlicher Streitbeilegung, voraus. Dies schließt die Räumung der von Russland besetzten Gebiete in der Ukraine und die dauerhafte Einstellung der Kampfhandlungen ein.

Unser Verhältnis zu **China** muss dessen neuem Selbstverständnis als Weltmacht mit globalem Führungsanspruch Rechnung tragen. Nach außen tritt China immer aggressiver auf, und nach innen immer repressiver: Die Unterdrückung durch den Parteiapparat, die Drohungen gegen Taiwan, die Einschränkung der Freiheitsrechte in Hong-Kong und die systematischen Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren sind besorgniserregend. Wirtschaftlich müssen wir **schrittweise unabhängiger von China** werden; insbesondere müssen wir unsere kritische Infrastruktur und unser geistiges Eigentum schützen.

Unsere Beziehungen zu anderen wichtigen Staaten wie **Japan, Indien, Süd-Korea, Indonesien, Süd-Afrika** und **Brasilien** sollten wir im gegenseitigen Interesse weiter stärken und ausbauen. --

Die sog. „**feministische Außenpolitik**“ lehnt Bündnis Deutschland ab. Der Terminus "feministisch" wird in vielen Teilen der Welt als ideologischer Kampfbegriff empfunden, was anti-deutsche Vorbehalte generiert und damit unseren nationalen Interessen schadet. (Im Einzelnen: s. das BD Positionspapier zu diesem Thema)